

Stellungnahme der Verwaltung

| | |
|------------------------------------|--------------------------|
| Fachbereich/e: | 5/Dez Gesundheitsamt |
| Dezernent*in / Geschäftsführer*in: | Stadträtin Frauke Füsers |
| Verantwortlich: | Keßling, Holger |

| Gremium | Termin | Zuständigkeit | Status |
|---|------------|---------------|------------|
| Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit | 02.12.2025 | Kenntnisnahme | öffentlich |

Tagesordnungspunkt

Faktenreport Psychiatrie 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Bezug auf die Vorlage Faktenreport Psychiatrie (Drucksache Nr. 39408-25/1) nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu 1:

Die Stadtverwaltung hat zur Gründung des Gemeindepsychiatrischen Verbundes Dortmund (im Folgenden GPV) eine bis zum 31.12.2026 befristete Personalstelle ausgeschrieben (EG 13, finanziert aus Pakt ÖGD Mitteln). Die Stelle wurde zum 01.02.2025 besetzt. Im Vorfeld zeigte sich bereits, dass es sehr schwierig ist, für eine anspruchsvolle, aber befristete Stelle qualifiziertes Personal zu finden. Direkt nach der Stellenbesetzung wurde die Stelle der Psychiatriekoordination vakant. Da der Aufgabenbereich der Psychiatriekoordination aufgrund von langer Krankheit ca. zwei Jahre nur vertretungsweise bearbeitet werden konnte, zeigte sich die Notwendigkeit, diese Stelle vorrangig wiederzubesetzen. Es erfolgte ein Wechsel der Stelleninhaberin der befristeten GPV-Stelle auf die Stelle der Psychiatriekoordination im Juli 2025. Da sich die Besetzung der befristeten Stelle bereits im Vorfeld als sehr schwierig erwies, wurde auf eine erneute befristete Besetzung der Stelle aus den oben genannten Gründen verzichtet.

Die konkrete Beteiligung der Stadt an der Gründung eines GPVs ist derzeit folgendermaßen geplant: Die Psychiatriekoordination initiiert den Gründungsprozess eines GPV und arbeitet ein Konzept aus, das den Mitgliedern des „AK Psychiatrie“ vorgelegt wird. Die Mitglieder, die ebenfalls die potenziellen Mitglieder des GPV darstellen, bekommen das Angebot, in einem Unterarbeitskreis (UAK) „Gründung GPV“ gemeinsam an der weiteren konzeptionellen Vertiefung zu arbeiten.

Das Konzept für den „GPV Dortmund“ sieht ein Arbeiten auf zwei Ebenen vor: die „GPV-Mitgliederkonferenz“ auf struktureller Ebene sowie die „GPV-Einzelfallkonferenz“ auf operativer Ebene zur Versorgung realer Einzelfälle.

Im weiteren Verlauf erarbeiten die Mitglieder des UAK „Gründung GPV“ gemeinsam eine

Geschäftsordnung zur Arbeitsebene „GPV-Mitgliederkonferenz“. Parallel hierzu erproben die Mitglieder des aktuellen AK Psychiatrie im Modus „Learning by Doing“ Konzepte für die Arbeitsebene „GPV-Einzelfallkonferenz“ an realen Einzelfällen. Für diese sehr arbeits- und koordinationsintensive Arbeitsebene „GPV-Einzelfallkonferenz“ wird dauerhaft eine weitere Personalressource (TVöD 13, Vollzeit) benötigt. Eine Ausschreibung und Besetzung wird aufgrund der bereits gemachten Erfahrungen im Besetzungsverfahren nur unbefristet angestrebt.

Die Stelle „GPV-Koordination“ erhält perspektivisch die Geschäftsführung für die Arbeitsebene „GPV-Einzelfallkonferenz“. Das Führen der Geschäfte der Arbeitsebene „GPV-Mitgliederkonferenz“ verbleibt perspektivisch in der Verantwortung der Psychiatriekoordination. Eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen GPV-Koordination und Psychiatriekoordination gewährleistet die Vernetzungsarbeit im Versorgungskontext von Menschen mit psychischer Erkrankung in Dortmund. Eine nachhaltige Implementierung eines GPV in Dortmund kann nur über eine unbefristete Ausschreibung gelingen. Bis Ende 2026 könnten dafür noch die Mittel aus dem Pakt ÖGD genutzt werden. Für die geplante Novellierung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) ist ebenfalls eine gesetzliche Verankerung von Gemeindepsychiatrischen Verbänden pflichtig ab dem 01.01.2027 und damit einhergehend die Kostenübernahme der Koordinationsstellen im Gespräch.

Zu 2:

Der Beschluss kann in dieser Form nicht umgesetzt werden, weil der Haushalt für das Jahr 2026 bereits beschlossen wurde. Die Beschlusslage wird aber in den Budgetgesprächen für die Haushalte der Jahre 2027 ff. Berücksichtigung finden.

Zu 3:

Die gesundheitsförderlichen Aktivitäten zur Umsetzung des Dortmunder Kindergesundheitszieles werden u. a. durch drei befristete Stellen realisiert, deren Finanzierung aktuell über zwei unterschiedliche Fördertöpfe ermöglicht werden.

Gesundheitsförderung im Setting Grundschule

Zur Umsetzung des Dortmunder Kindergesundheitszieles im Grundschulbereich unterstützt und empfiehlt die AG Grundschule *sechs Maßnahmen* zur Umsetzung:

1. Einstellung einer Fachkraft für Gesundheitsförderung an zwei Dortmunder Grundschulen: Befristete Förderung über das Bündnis der gesetzlichen Krankenversicherung „GKV-Bündnis für Gesundheit“: Modellprojekt in Lütgendortmund an zwei Grundschulen, Projektlaufzeit 2022-2026
2. Verstärkte Teilnahme der Grundschulen am EU-Schulobstprogramm
3. Ausbau von Maßnahmen zur Förderung des Wassertrinkens bei Kindern
4. Ausweitung von Bewegungsangeboten in Grundschulen in Aktionsräumen: Befristete Finanzierung einer Fachkraft für Bewegungsförderung über den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Pakt ÖGD): Modellprojekt in Eving an einer Grundschule, Projektlaufzeit 2023-2026
5. Einführung eines schulischen Mobilitätsmanagements an mehr Dortmunder Grundschulen mit dem Programm „So läuft das!“ sowie mit den Bewegungs-Modulen „Walking Bus“ und „Verkehrszähler“
6. Verstärkte Teilnahme an dem Gesundheitsförderungsprogramm für Grundschulen „Klasse2000“ (in Dortmund finanziert durch das Gesundheitsamt)

Die Erprobung einer Fachkraft für Gesundheitsförderung (Maßnahme 1) wird seit 2022 in einem Modellprojekt in Lütgendortmund an zwei Grundschulen erfolgreich erprobt. Die fünfjährige Förderphase endet am 31.12.2026. Eine Verstetigung der Stelle wird vom Fördermittelgeber im Sinne der Nachhaltigkeit angestrebt, um eine strukturelle Verankerung

der Gesundheitsförderung im Setting Grundschule zu gewährleisten. Im Personalplan des Gesundheitsamtes steht aktuell nur eine halbe Planstelle zur Verstetigung der Aufgaben ab 2027 zur Verfügung. Für die Fortführung des erfolgreichen Projektes ist eine Planstelle in Vollzeit notwendig. Somit besteht hier der Bedarf für eine weitere halbe Planstelle. Für das I. Quartal 2026 ist eine Vorlage zu den Ergebnissen des GKV-Modellprojektes für die politischen Gremien geplant.

Die Ausweitung von Bewegungsangeboten in Grundschulen in Aktionsräumen (Maßnahme 4) wird über eine befristete Finanzierung über den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Pakt ÖGD) seit 2023 erprobt. Das Modellprojekt wird in Eving an einer Grundschule mit einer Fachkraft für Bewegungsförderung seit September 2023 durchgeführt. Die Finanzierung dieser Stelle endet ebenfalls am 31.12.2026.

Jährliche Fachtage zur Kindergesundheit

Das Gesundheitsamt führt seit einigen Jahren Fachtage zu unterschiedlichen Themen der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch.

Die 6. Ausgabe des Fachtages zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen fand am 25.09.2025 unter dem Thema „ADHS, Autismus und Verhaltensvielfalt: Brücken bauen mit Empathie und Strategie“ statt und war, wie alle vorherigen Fachtage, mit 300 Teilnehmenden ausgebucht.

Der Fachtag wird jährlich unter einem neuen Oberthema veranstaltet, das anhand von aktuellen gesundheitlich und sozialgesellschaftlich relevanten Entwicklungen herausgearbeitet wird. Die Veranstaltung richtet sich an Fachkräfte aus den Bereichen Medizin und Gesundheit, Schule, Kita, Betreuung, (psychosoziale) Beratung und Jugendhilfe.

Die Federführung für die Planung und Durchführung hat die Koordinationsstelle im Gesundheitsamt. Seit 2023 wird der Fachtag von der Koordinatorin der Frühen Hilfen im Gesundheitsamt umgesetzt. Diese Stelle ist bis zum 31.12.2026 befristet und wird aus Mitteln für den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst finanziert. Ohne Entfristung dieser Stelle ist eine Fortführung der Fachtage ab 2027 nicht möglich. Eine Entfristung der Stelle wird von Seiten des Gesundheitsamtes angestrebt. Jedoch steht dazu gegenwärtig keine Planstelle zur Verfügung.

Fazit

Die Maßnahmen 1 und 4 zur Umsetzung des Kindergesundheitszieles konnten nur gelingen, weil über zwei unterschiedliche Förderstränge (Pakt ÖGD: 2 Stellen und GKV-Bündnis für Gesundheit: 1 Stelle) eine befristete Finanzierung gefunden werden konnte. Jetzt gilt es, dauerhafte Lösungen für eine nachhaltige Verstetigung der Personalstellen zu finden, um die erfolgreiche Arbeit fortsetzen zu können.

Für das I. Quartal 2026 wird den politischen Gremien eine Vorlage zur Weiterfinanzierung der Stellen aus dem Pakt ÖGD vorgelegt werden. Außerdem ist eine weitere Vorlage mit einem Sachstandsbericht zur Umsetzung des Kindergesundheitsziels geplant sowie eine eigenständige Vorlage zu den Ergebnissen des GKV-Modellprojektes.

Zu 4:

Der Faktenreport Psychiatrie bewertet den bereits erfolgten Ausbau der ambulanten psychiatrischen Dienste in Dortmund als positiv. Diesbezüglich ist eine Erweiterung für die Zielgruppe „Kinder und Jugendliche“ anzustreben (siehe Faktenreport S. 70).

Der Kinder- und Jugendärztliche Dienst des Gesundheitsamtes Dortmund stellt das Team Psychosoziale Hilfen (PSH) bereit. Aufgrund der Zunahme der Begutachtungen (2023: 322 Begutachtungen, bis 30.09.2025: 456 Begutachtungen) und der Erweiterung der Angebote soll eine Umbenennung der Psychosozialen Hilfen in „Sozialpsychiatrischer Dienst (SpDi) für Kinder und Jugendliche“ erfolgen. Ein Anstieg der Bedarfe lässt sich außerdem aus einem

empirisch belegten hohen Anteil psychischer Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter ableiten: Laut der renommierten „COPSY-Studie“ zeigen im Herbst 2024 22 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen aus Deutschland psychische Auffälligkeiten und 23 Prozent Angstsymptome auf.

Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche aus Dortmund bis 18 Jahre, die psychisch belastet oder erkrankt sind, sowie deren Angehörige. Bereits bestehende Angebote werden erweitert durch niedrigschwellige Beratungsmöglichkeiten, Entlastungsgespräche in akuten psychischen Krisen (auch telefonisch und anonym) sowie die Möglichkeit, bei Bedarf aufsuchend tätig zu werden (Hausbesuche, Begleitungen). Das Instrument der offenen psychiatrischen Sprechstunde für Kinder, Jugendliche und deren Angehörige würde einen niedrigschwelligen Zugang zum Hilfesystem ermöglichen, von wo aus dann weiterführende Hilfen vermittelt werden könnten. Anlassbezogene Gruppenangebote für psychisch belastete oder erkrankte Kinder und Jugendliche sollen zukünftig das Angebot ergänzen.

Zum Erhalt und Ausbau der Psychosozialen Hilfen in Form eines Sozialpsychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche sind folgende Personalressourcen nötig:

- a) Entfristung der Pakt-ÖGD-Stellen: 1 Vollzeitäquivalent (VZÄ) Psychologie/Psychotherapie, 1 VZÄ Sozialarbeit und 0,5 VZÄ Pädagogik
- b) Zusätzliche Schaffung von zwei unbefristeten Stellen: 1 VZÄ Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie sowie 1 VZÄ Sozialarbeit.

Bei den vorgenannten Überlegungen handelt es sich zunächst um Maßnahmen, die innerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Gesundheitsamtes entwickelt wurden. Diese sind durch die Fachverwaltung zu konkretisieren, sobald eine dezernatsübergreifende Abstimmung mit den Fachbereichen Schule und Jugendamt erfolgt ist.

Dringend voranzutreiben ist der Ausbau besonderer Wohnformen sowie der Ausbau von Angeboten im Bereich „Intensiv Ambulant Betreutes Wohnen (Eingliederungshilfe)“ für die Zielgruppen (schwerst) psychisch erkrankte Personen und chronisch mehrfachabhängige Personen (siehe Faktenreport S. 71f.) durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL). Trotz langer Wartelisten, steigender Anfragen und vom LWL als Leistungsträger bedarfsbestätigter Plätze, konnten in den letzten Jahren keine neuen Plätze im Bereich der besonderen Wohnformen geschaffen werden. Innerhalb des zuständigen Koordinierungsgremiums wird die Verwaltung weiterhin auf einen Ausbauprozess drängen und Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten anbieten.

Mit freundlichen Grüßen

Stadträtin Frauke Füsers